

Warschau, den 4.10.2011

Redebeitrag / Working Session 12

Tolerance and non-Discrimination I

Hier vor allem die politische Teilhabe der Migranten zum Abbau von Vorurteilen und als Folge Verhinderung von Nationalismus, Rassismus und positives Zusammenleben

Meine Damen und Herren,

für eine gut funktionierende Gesellschaft in einem multiethnischen Raum ist es wichtig zu versuchen, ein Spiegelbild der Gesellschaft in jedem Lebensbereich abzubilden. Erst dadurch kann man ein erhöhtes Zugehörigkeitsgefühl bei der Minderheit auch ernsthaft erreichen.

Dieses Gefühl bestärkt bei Minderheiten den Willen am gemeinschaftlichen Wohl aller stärker teilzuhaben. Eben das Gefühl nicht mehr als Negativum betrachtet zu werden. Der positive Effekt wäre, dass man dadurch Vorurteile Abbauen bzw. diesen vorbeugen kann. Nur durch Eigeninitiative ist es einer großen Gesellschaft nicht möglich dieses Problem anzugehen. Man braucht Vorbilder welche in verschiedenen Strukturen wie zum Beispiel in der Politik als Multiplikator oder als Brücke dienen. Das notwendige Spiegelbild und die Realität ist in Deutschland leider immer noch eine ganz andere. Nicht einmal fünf Prozent der Deutschen Abgeordneten haben ausländische Wurzeln. Man muss nicht mal ganz an die Spitze schauen. Es sieht weiter unten in den Kommunen nicht anders aus.

Ich bin der Vorsitzende des Migrationsbeirates der zweitgrößten Stadt im Bundesland Baden Württemberg in Deutschland. In meiner Stadt Mannheim leben ca. 320.000 Menschen. Davon haben fast 40% einen Migrationshintergrund. Im städtischen Gemeinderat sitzen 48 Personen. Es ist keine einzige Person mit Migrationshintergrund vorhanden. Damit hat diese große Gruppierung überhaupt keine formale Entscheidungsmitbestimmung.

Wäre die Stadtverwaltung nicht so offen gegenüber der Meinung der Migranten, hätte man keine Möglichkeit seine Anliegen weiterzugeben. Ich bin mir sicher, dass es in vielen Städten nicht anders aussieht. Ob jede Stadtverwaltung dieser Notwendigkeit auch positiv gegenübersteht, wie es in Mannheim ist, ist auch die Frage. Hier fehlt wie erwähnt das Signal von ganz oben. Sobald eben das Bundesparlament nicht als Vorbild fungiert, werden die Länder und Kommunen auch schwierig nachziehen.

Ein Argument, dass Migranten nicht zahlreich in der Politik mitmischen, möchte ich im Vorfeld bereits entkräften. Die Politikverdrossenheit welches als negatives Signal überall verstärkt wahrgenommen wird, hat im Fall der größten Migrantengruppierung in Deutschland einen immer noch triftigen Grund. Diese Gruppe hat vor 50 Jahren das Abkommen für die Entsendung von Gastarbeitern mit Deutschland abgeschlossen und hat gehörig beim Aufbau diese Gesellschaft mitgewirkt. Europäische Union hin oder her, die türkische Minderheit hat nicht die Möglichkeit an der politischen Teilhabe, solange Sie nicht Ihre türkische Staatsbürgerschaft aufgibt. Hier wird mit der größten Gruppierung immer wieder mit zweierlei Maß gemessen.

Der Ministerpräsident des Bundeslandes Niedersachsens David Mac Allister kann als Beispiel die doppelte Staatsbürgerschaft haben aber die Ministerin für Integration in Baden-Württemberg Frau Bilkay Öney durfte Ihre türkische Staatsbürgerschaft nicht behalten, als Sie die deutsche angenommen hat. Meine Damen und Herren auf die Dauer sollte man nicht so eine große Minderheit in der Art und Weise an der politischen Teilhabe hindern!

Fatih Ekinci *M.A.*

Vorsitzender des Migrationsbeirates der Stadt Mannheim / Deutschland